

Warum protestiert Indien?

Seit vielen Wochen gibt es in Indien ausgedehnte Proteste. Gegen was protestieren die Menschen?

Während die tatsächlichen Forderungen der Protestierenden variieren, ist der Grund ihres Unmutes die Änderung des indischen Staatsbürgerschaftsgesetzes und die Pläne der Bundesregierung, ein landesweites nationales Bürgerregister (NRC) zu erlassen. Die Protestierenden in Assam und anderen Bundesstaaten möchten grundsätzlich im Nordosten Indiens im Allgemeinen nicht, dass die indische Staatsbürgerschaft jedem Geflüchteten oder Einwanderer, unabhängig von seiner Religion, zuerkannt wird. In anderen Teilen Indiens wird vor allem beklagt, dass die Änderungen des Staatsbürgerschaftsgesetzes durch die Diskriminierung von Muslimen den säkularen Charakter der indischen Verfassung verletzt.

Wir haben gehört, dass die Regierung brutal gegen Demonstranten vorgegangen ist. Ist das richtig?

Polizei und politische Schlägertrupps sind in die großen Universitäten eingedrungen und haben Schlagstöcke und Tränengas gegen Studierende eingesetzt. In verschiedenen Teilen Indiens wurden Proteste vollständig verboten und Tausende wurden festgenommen, weil sie sich nichtsdestotrotz versammelt hatten. In einigen Teilen Indiens ist das Internet inoffiziell abgeschaltet. Medienberichte haben bestätigt, dass sich die Polizei und die Regierung in Uttar Pradesh an einem Rachezug gegen protestierende Muslime beteiligt haben. Bislang sind bei diesen Protesten mehr als 25 Menschen gestorben.

Welche Änderungen im Staatsbürgerschaftsrecht sind nun so umstritten?

Trotz der Narben der Gründung und Teilung Indiens haben die verfassungsrechtlichen Bestimmungen zur Staatsbürgerschaft keine Diskriminierung aufgrund von Religionszugehörigkeit enthalten. Das Staatsbürgerschaftsgesetz für die kommende Zeit wurde 1955 vom Parlament verabschiedet. Es kreierte vier verschiedene Wege, durch die eine Person ein*e Bürger*in Indiens werden konnte - durch Geburt, durch Abstammung, durch Registrierung und durch Einbürgerung. Keine dieser Möglichkeiten betraf die Religionszugehörigkeit. Wenn eine Person nicht von Geburt an indische*r Staatsbürger*in ist oder eine Person keinen Elternteil hat, der indische*r Staatsbürger*in ist, dann sind kann durch Registrierung und Einbürgerung die indische Staatsbürgerschaft erlangt werden. Für eine*n illegale*n Migrant*in steht jedoch keine dieser beiden Möglichkeiten zur Verfügung.

Ein*e illegale*r Migrant*in ist ein*e Ausländer*in, der*die sich entweder ohne oder mit einem gültigen Reisepass in Indien aufhält, jedoch über die erlaubte Zeitspanne hinaus im Land geblieben ist.

Das indische Staatsbürgerschaftsrecht wirkt sich auf Menschen, die als illegale Migrant*innen eingestuft werden, dahingehend aus, dass ihre Kinder, die nach 1987 in Indien geboren wurden, nicht von Geburt an Staatsbürger*in werden können, und, dass sie nicht durch Registrierung oder Einbürgerung die indische Staatsbürgerschaft erwerben können.

Durch die Änderungen des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2019 wurden mehrere Gruppen von Menschen aus dieser Definition der illegalen Einwanderer entfernt: Menschen, die den hinduistischen, sikhischen, buddhistischen, jainistischen, parsianischen oder christlichen Gemeinschaften Afghanistans, Bangladeschs oder Pakistans angehören und die vor dem 31. Dezember 2014 nach Indien eingereist sind, werden nicht als illegale Einwanderer betrachtet. Mit dieser Änderung kann auch diese Gruppe von Menschen aus Afghanistan, Bangladesch und Pakistan durch ein besonderes Verfahren die Einbürgerung in Indien beantragen. Auch ihre, in Indien geborenen, Kinder dürfen die indische Staatsbürgerschaft annehmen, wenn mindestens ein Elternteil zum Zeitpunkt der Geburt die indische Staatsbürgerschaft besitzt.

Zum ersten Mal in Indien ist die religiöse Zugehörigkeit einer Person relevant für die Bestimmung der Staatsbürgerschaft geworden. Juden und

Atheisten zum Beispiel, vor allem aber Muslime aus Afghanistan, Bangladesch und Pakistan, die sich ohne gültigen Reisepass in Indien aufhalten, bleiben als illegale Migrant*innen eingestuft. Ebenfalls bleiben Menschen aus Sri Lanka, Nepal, Myanmar, China oder einem anderen Land, auch wenn sie Hindus oder Buddhisten sind, als illegale Migrant*innen eingestuft, wenn sie sich ohne gültigen Reisepass in Indien aufhalten.

Die indische Regierung hat argumentiert, dass diese Veränderungen nur den Kreis der Menschen erweitern, die Bürger*innen Indiens werden können. Wer könnte dagegen sein, den verfolgten Minderheiten der Region eine Heimat zu geben?

Die Menschen in Indien und insbesondere Muslime müssen diese Veränderungen vor dem Hintergrund der Politik der Regierungspartei beleuchten. Premierminister Narendra Modi und Innenminister Amit Shah sind Mitglieder der Rashtriya Swayamsevak Sangh oder RSS, einer Organisation, die sich der Idee verschrieben hat, dass die Anhänger*innen des Hinduismus das Recht haben, über Indiens Minderheiten zu regieren.

Modis Aufstieg an die Macht in Indien ermutigte die Machenschaften von Kuhschutztruppen, Lynchmorde an muslimischen Männern, Online-Armeen von hasserfüllten Trollen und gefälschte Nachrichtensender. Mit einer massiven Mehrheit im indischen Parlament hat Modi die Schwächung der unabhängigen Institutionen Indiens verantwortet - einschließlich der Justiz, der Wahlkommissionen, der Zentralbank, der Universitäten und der Informationskommissionen. Die indischen Medien bieten bis auf wenige kleine Veröffentlichungen eine bestenfalls weitgehend unkritische Berichterstattung über die Regierung.

Zu den wichtigsten Zielen der Regierung gehört die Einführung des Nationalen Bürgerregisters im Bundesstaat Assam. Gesetzliche Bestimmungen, die die Regierung dazu verpflichten, jede*n Bürger*in Indiens durch einen Prozess der Aufzählung zu registrieren, waren seit 2003 aufgrund einer Gesetzesänderung durch eine frühere BJP-geführte Regierung Teil des Staatsbürgerschaftsgesetzes - wurden jedoch nicht umgesetzt. In Assam beschlossen die BJP und die Regierung die Umsetzung dieses Gesetzes nachdem der Oberste Gerichtshof 2013 mit der Überwachung des Prozesses begonnen hatte aus der Motivation heraus, bis zu zwei Millionen Einwohner*innen des Staates die Staatsbürgerschaft zu entziehen, darunter vor allem Muslimen, die die Grenze zu Indien von Bangladesch aus überquert hatten. In Vorbereitung darauf errichteten sie mehrere Internierungslager. Das endgültige Register stellte jedoch viele Anhänger*innen der BJP nicht zufrieden, vor allem als sie entdeckten, dass sogar mehrere bengalische Hindus von der Bürgerliste ausgeschlossen worden waren.

Vor den Wahlen 2019 versprach die BJP in ihrem Manifest, das NRC in ganz Indien umzusetzen. Kürzlich kündigte sie zudem ein Nationales Bevölkerungsregister als Vorläufer der Implementierung des Nationalen Bürgerregisters an. Die Daten aus dem Bevölkerungsregister werden von den lokalen Beamten verwendet, um festzustellen, welche*r Einwohner*in ein*e legale*r Bürger*in ist. Währenddessen werden weitere Internierungslager in den Bundesstaaten Karnataka und Maharashtra gebaut.

Deshalb ist es für indische Muslime nicht möglich, die Auffassung der Regierung zu akzeptieren, dass es bei den Änderungen des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2019 nur darum geht, den verfolgten Minderheiten in Afghanistan, Pakistan und Bangladesch eine Heimat zu bieten.

Für sie deutet alles, angefangen mit dem Weg des Premierministers in das höchste Amt, daraufhin, dass das Staatsbürgerschaftsänderungsgesetz (CAA) in Kombination mit dem nationalen Bevölkerungsregister und dem nationalen Bürgerregister (NRC) die Staatsbürgerschaft der Hindus, die aus Afghanistan, Pakistan und Bangladesch kamen, schützen und gleichzeitig die Staatsbürgerschaft der 172 Millionen indischen Muslime in Frage stellen wird.